

Medienkompetenz | 20.11.2024 | Nr. 325/24

Hermann Junghans: TOP 18: Medienbildung an Schulen braucht solide Grundlagen

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrtes Präsidium,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

Medienbildung ist nicht nur eine Aufgabe für die Schulen. Die ersten Grundlagen für den richtigen Umgang mit Medien sollten bereits vor der Einschulung gelegt sein. Schulen müssen aber helfen, Defizite in der Medienbildung zu beheben. Meine Fraktion begrüßt es deshalb, dass wir uns mit einem Teilaspekt der Medienbildung, der an Schulen, befassen, auch wenn der SPD-Antrag ein inhaltlich eher dünner Anlass ist.

Im Einzelnen: Punkt eins: Das Internet und die sozialen Medien in den Schulen. Seit 2019 wird das Thema Medienkompetenz in den Lehrplänen für alle Fächer berücksichtigt und wurde in diesem Jahr noch einmal aktualisiert. Ob die SPD in diesem Punkt ihres Antrages ein Handyverbot fordert, bleibt unklar. Ich sage es deshalb ganz umso klarer: Ohne Unterrichtsbezug muss ein Verbot der Handynutzung selbstverständlich sein.

So selbstverständlich wie das Verbot im Chemieunterricht unter dem Tisch die „Bravo“ zu lesen, weil die meisten Menschen ihre Aufmerksamkeit nämlich nicht auf zwei Informationsquellen richten können. Die Durchsetzbarkeit von Regeln im Unterricht ist aber eine allgemein pädagogische Frage und nicht in erster Linie eine der Medienbildung.

Punkt zwei: Internet-ABC-Schulen: Das ist ein schönes Schlagwort, aber in Hamburg und Schleswig-Holstein gibt es bereits Internet-ABC-Grundschulen mit der Möglichkeit der Zertifizierung. Ob aber das Zertifizieren aller Grundschulen einen Mehrwert bringt, der den damit verbundenen bürokratischen Aufwand rechtfertigt, halte ich für sehr zweifelhaft.

Punkt drei: digitale Endgeräte: Die lückenlose Versorgung mit Tablettis bleibt unser Ziel. Den Schwerpunkt der Diskussion auf die Bereitstellung von Endgeräten abzustellen, ist aber irreführend. Selbst in prekären Verhältnissen wird der Besitz eines Handys als ein Grundbedürfnis gesehen, das nur sehr selten unerfüllt bleibt. Dementsprechend zeigt die aktuelle Studienlage, dass die Zahl der Endgeräte in

Schülerhand gestiegen, aber die Medienkompetenz zugleich gesunken ist.

Und das ist schon die Überleitung zu Ihrem vier. Punkt, den Medienscouts: Wenn es nur darum ginge, der Nicht- oder Mindernutzung von Medien entgegenzutreten, wäre die Einbindung medienaffiner Jugendlicher eine gute Idee. Wenn es aber nicht um die Vermittlung technischer Kenntnisse geht, sondern um den Jugendschutz, dann ist es nicht auszuschließen, dass man in wahrscheinlich nicht wenigen Einzelfällen, den Bock zum Gärtner macht oder, im Gendersprech, die Bockenden zu Gärtnernden. Es geht aber nicht nur um den klassischen Jugendschutz, sondern auch um politische Resilienz. Die Trolle des Kreml, die Extremisten von links und rechts, finden viel zu häufig nicht nur bei Kindern und Jugendlichen, sondern auch bei Erwachsenen einen Resonanzboden.

Punkt fünf: Das Kooperieren von Eltern und Schule ist so selbstverständlich, dass umfangreichere Anmerkungen dazu überflüssig sind. Medienbildung ist Aufgabe der Eltern, der Schulen, vielleicht sogar schon der Kitas, und schließlich auch der Medien selbst. Die Landesregierung hat das früh erkannt und gehandelt! Ich verweise dafür auf die Leitlinie Medienkompetenz, die Medienbildungsarbeit des Offenen Kanals und das Netzwerk Medienkompetenz, das wir seit 2010 in Schleswig-Holstein haben.

Seit 2021 gibt es das Landesprogramm „Zukunft Schule im digitalen Zeitalter“, das Glasfaseranschlüsse und WLAN an die Schulen brachte und die Versorgung von Laptops verbesserte. Wir brauchen auch die Weiterführung „Digitalpakt Schule“ auf Bundesebene. Im Moment ist da nicht mehr allzu viel Initiative zu erwarten. Ich gehe aber davon aus, dass sich das nach der Bundestagswahl zügig ändern wird.

Die Entwicklungen im Bereich der Medien und ihre Bedeutung für unsere Demokratie und Arbeitswelt sind so immens, dass wir die Lage ständig im Blick behalten müssen. Medienbildung ist der vordere Rand der Verteidigung einer freien Gesellschaftsordnung! Jeder durchdachte Vorschlag ist deshalb hochwillkommen.

Meine Bitte ist es aber, die Vorschläge mit mehr Substanz zu versehen, bevor sie als Anträge niedergeschrieben werden.